

# Baugewerkschaft

Organ des Centralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis überstellbarlich 3 Mark (ohne Beistieg). Zu bezahlen durch jede Poststelle. Redaktionsschluß: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung  
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtspark 2—3

Anzeigenpreis: Inserate 3 Mark, Reklame 9 Mark, für Versammlungsanzeigen 50 Pf. pro Zeile. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

## An die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften!

### Kolleginnen und Kollegen!

Unsere christliche Gewerkschaftsbewegung hat sich aus kleinsten Anfängen entwickelt. Im mühseligen Opferdienst haben die Vorläufer der Bewegung Ortsgruppen, Verbände, Ortskästen nach und nebeneinander errichtet und ausgebaut. Der zwischen dem ersten Kongreß der christlichen Gewerkschaften in Mainz 1899 und dem Kriegsausbruch liegende Zeitabschnitt war stetiger Kampf um die Durchsetzung unserer Ideen.

Die Gleichgültigkeit der Arbeiter selbst gegenüber den gewerkschaftlichen Bestrebungen, die Abneigung der Arbeitgeber gegen das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter, die Verständnislosigkeit staatlicher Organe und sonstiger Stellen gegenüber sozialen Notwendigkeiten — alles dieses bedingte schwere Kämpfe um die Existenz und um die Gesamtstellung der christlichen Gewerkschaften im öffentlichen Leben Deutschlands.

Krieg, Zusammenbruch und Revolution haben eine andere Lage geschaffen. Großen Arbeitermassen wurde der Weg zur gewerkschaftlichen Organisation gewiesen. Um das Dreißigste ist die Zahl der Mitglieder der christlichen Gewerkschaften gegen die Vorkriegszeit gewachsen. Im Deutschen Gewerkschaftsbund sind rund zwei Millionen Arbeiter, Angestellte und Beamte vereinigt. Die Alsenbröderrolle der Arbeiterschaft von ehedem ist weggeräumt. Die deutsche Arbeiterschaft steht heute im Mittelpunkt der großen Geschehnisse des öffentlichen Lebens.

Neue Zeiten, neue Aufgaben! Bei der veränderten Lage von heute muß die christliche Gewerkschaftsbewegung mehr sein als ein Organ zur Beeinflussung und Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Die Bewegung muß in zielssicherer Führung sich auswachsen zu einem starken Träger des Staates, der Wirtschaft und der Kultur des deutschen Volkes.

Wir stehen in der Stunde der Entscheidung. In unserer Bewegung liegt es, die in der Arbeiterschaft ruhenden geistigen und wirtschaftlichen Kräfte zur vollen Entfaltung zu bringen.

Mit der Sammlung der Massen allein ist der Arbeiterschaft nicht gedient. Eine bloße Massenbewegung besitzt keine dauernde Macht zur positiven Gestaltung. Sie besitzt diese Macht erst dann, wenn sie ihre geistigen und wirtschaftlichen Kräfte, angepaßt an die zeitlichen Verhältnisse, in vollem Umfang einsetzt.

Zahlreiche Anhänger der christlichen Gewerkschaften haben das Werden unserer Bewegung nicht mit erlebt. Sie in Geschichte und Wesen der christlichen Gewerkschaften und in deren neuzeitlichen Wirkungskreis einzuführen, ist Voraussetzung für die

### einheitliche geistige Einstellung

und damit für den Erfolg unserer Bewegung. Dieser Schulungsarbeit müssen dienen Lehrgänge gewerkschaftlicher Art, die in den nächsten Jahren in steter Folge die neuangestellten Kräfte und den Nachwuchs der Bewegung mit den vielseitigen Gewerkschaftsaufgaben vertraut machen. Dem gleichen Zweck müssen das Presse- und Literaturwesen der Bewegung dienen. Die größte Sorgfalt muß dem weiteren Ausbau derselben gelten. Die wichtigeren Vorgänge auf gewerkschaftlichem, sozialem und volkswirtschaftlichem Gebiete müssen in besonderen Schriften behandelt werden. Zur Unterrichtung der Tagespresse über die Tätigkeit unserer Bewegung und ihrer Stellungnahme zu allen die Welt der Arbeiterschaft berührenden Fragen muß ein Zeitungsdienst organisiert werden. Die Tageszeitung

### „Der Deutsche“

muß zu einem führenden Organ für die Frage des Wiederaufbaues und der Neugestaltung der Arbeitersbewegung ausgeaut werden. Eine besondere Aufgabe des „Deutschen“ wird es sein, sich für die Fragen der Wirtschafts-, Sozial- und Gewerkschaftspolitik eine führende Stellung im deutschen Volksleben zu erarbeiten. Eine solche führende Stellung ist nicht von einem Tage zum anderen erreichbar. Der „Deutsche“ muß sich, wie alle Kämpfer, durch die Müllungen und Widerstände der Gegenwart seinen Weg bahnen.

Die Wirtschaftskraft der deutschen Arbeitnehmer mit Nachdruck zu stärken, ist ein zwingendes Gebot. Das gleiche Wahlrecht zu den Volksvertretungen der verschiedensten Art, die Sammlung der Arbeitermassen

in den Organisationen allein bedeuten wenig, wenn nicht auch ein fester, einheitlicher Wille diese Massen besetzt, und wenn hinter den Massen nicht stärkste wirtschaftliche Macht steht. Die vorhandene wirtschaftliche Macht der in den christlichen Gewerkschaften vereinten Arbeiter zusammenzuwirken, sie zu verstärken und im Sinne unserer Bestrebungen in Staat und Wirtschaft nutzbar zu machen, dazu wurde die

### „Deutsche Volksbank“

gegründet, die mit dem 1. Januar d. J. ihren Geschäftsbetrieb aufgenommen hat. In ihr sollen alle verfügbaren finanziellen Mittel der christlichen Gewerkschaften, der ihnen nahestehenden Genossenschaften und die Spar gelder der Mitglieder zusammengefaßt und dem Einfluß der Arbeiter auf das Wirtschaftsleben nutzbar gemacht werden.

### Das Genossenschaftswesen

(Konsumvereine, Baugenossenschaften, Produktivgenossenschaften usw.) bedarf, wenn es für die Arbeiterschaft steigenden und allgemein erkennbaren Nutzen bringen soll, weiteren Zusammenschlusses und stärkerer Verbreitung. Zwischen Gewerkschaften, Genossenschaften, Volksbank usw. muß ein einheitliches Zusammenspiel wirken und herbeigeführt und damit die Wirtschaftskraft der Arbeiter zu geschlossener Geltung gebracht werden.

### Dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften

obliegt die Aufgabe, diese, die gesamte Arbeiterschaft berührenden Fragen zu klären und der Lösung entgegenzuführen. Damit ist das Aufgabengebiet des Gesamtverbandes gegen die Vorkriegszeit gewaltig erweitert. Das erfordert mehr Kräfte und mehr finanzielle Mittel. Bisher verfügte der Gesamtverband nicht über eigene Mittel. Die von den Verbänden zu entrichtenden Beiträge wurden von Jahr zu Jahr den vorausichtlichen Bedürfnissen des Gesamtverbandes entsprechend festgesetzt. Besondere Ausgaben erforderten immer besondere Anforderungen bei den Verbänden. Schnell zu treffende Maßnahmen des Gesamtverbandes werden durch diese Mittelversorgung nicht erreicht. Dazu kommt, daß die Verbände heute für ihre eigenen Bedürfnisse bis zum äußersten angespannt sind. Es ist ihnen unmöglich, die Beiträge der für die Gewerkschaftsbewegung besonders stark fühlbaren Geldentwertung so anzupassen, wie das notwendig wäre. Es empfiehlt sich daher, die Kosten der Betriebsverbände möglichst zu schonen, und die Kosten, die aus der Wahrnehmung der allgemeinen Arbeiterselbstdelinge erwachsen, zum Teil durch einen Sonderbeitrag aufzubringen, die von jedem christlichen Gewerkschafter mitgetragen wird. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit aller Mitglieder der christlichen Gewerkschaften und ihre stärkere Interessierung für die Aufgaben der Gesamtbewegung wird eine gute Nebenwirkung dieser Regelung sein.

Der Ausschuß des Gesamtverbandes hat aus all diesen Gründen beschlossen, von allen christlichen Gewerkschaften

### einen Stundenlohn als Sonderbeitrag

zur Durchführung der gekennzeichneten Aufgaben zu erhöhen.

Kolleginnen und Kollegen! In den letzten Jahren ist an den leitenden Stellen der christlichen Gewerkschaften bedeutende Vorbereitungsarbeit geleistet worden. In grundsätzlicher Sicherheit sowie in voller Erwartung der Anforderungen, die die gewaltigen Gegebenheiten der letzten Jahre der Nation und in ihr vor allem der deutschen Arbeiterschaft gestellt haben, schreiten wir in die Zukunft. Kollege Stegerwald, der seit Bestehen des Gesamtverbandes an dessen Spitze gestanden hat, ist in die hauptamtliche Zeitung zurückgekehrt. Ihm hat der Gesamtverbandsvorsitz in der Person des Kollegen Otto einen neuen Mitarbeiter zur Seite gestellt. Deutscher Gewerkschaftsbund, Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, Gesamtverband deutscher Angestellten-Gewerkschaften und Gesamtverband deutscher Beamter- und Stadtkassengesellten-Gewerkschaften sind in einer Sitzung in Berlin vereinigt. Die Bereitstellungen zur elterlichen Arbeit sind geschlossen. Nun liegt es an Euch, die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen, damit die gekennzeichneten Aufgaben erfolgreich durchgeführt werden können.

**Erfüllt Eure Pflicht!** Zeigt, daß die Opferwilligkeit, die die christlichen Gewerkschafter in der Gründungszeit befunden, noch ungebrochen in unserer Reihe lebt! Zeigt Euch als Männer und Frauen der Tat!

### Vorstand und Ausschuß des Gesamtverbandes

Stegerwald

Behrens

Kutschard

Balusch, Becker, Behm, Bergmann, Ferdinand Brauer, Dr. Th. Brauer, Brune, Comann, Camp, Eichmann, Fronn, Danner, Oedenbach, Effert, Fahrenbach, Funke, Giesberts, Groß, Gräfe, Hartmann, Hillebrand, Hirtfößer, Horbach, Imbusch, Janzen, Kaiser, Koß, Krotoski, Lehner, Linz, Meier, Otto, Nadinger, Niemann, Rotthäuser, Schaefer, Schick, Scheule, Schid, Schmidt, Schmitz-Dölfendorf, Vogelsang, Wirthmann, Wieder, Wiedenberg, Wolff, Zernieden.

## Wie sichern wir uns die Leistungen der Krankenkassen?

Die Verhältnisverhältnisse auf dem Gebiete des Krankenversicherungswesens ist besonders für die Bauarbeiter von grosser Nachteil. Die Eignung des Gewerbes und der häufige Wechsel der Baustellen bringt es mit sich, daß den Kollegen sehr viele Leistungen der Kassen versoren gehen. Heute ist bei dem weitaus größten Teil der Krankenkassen die Familienversicherung obligatorisch eingeführt. Da die Familienversicherung im Vertrag kommt, so erhält der Anspruch darauf sofort bei dem Ausscheiden aus der Kasse, wozu eben die Krankenhilfe für die Mitglieder noch 21 Tage nach dem Ausscheiden zu gewähren ist. Dasselbe gilt auch von der Wochenhilfe, die zur Hälfte von der Krankenkasse und zu anderen Hälften vom Staat getragen wird. Besonders dienlichen Kollegen, die im Winter längere Zeit in die Heimat reisen, sollten es nicht verüben, sich in der Krankenkasse selbst weiter zu versichern, nur dann haben sie die vollen Anteile auf die Leistungen der Kassen, und gerade im Winter treten die Krankheiten in Erscheinung. Der Eintritt in die Weiterversicherung muss persönlich oder mindestens innerhalb 21 Tagen bei der Kasse gestellt werden. Es genügt also nicht, wenn der Unternehmer die Beiträge weiterzahl und das Mitglied nicht anmeldet, wohl aber kann man den Unternehmer schriftlich beauftragen, die Weiterversicherung bei der Kasse zu beantragen und die Beiträge zu zahlen.

Die Mehr- und Regelversicherung wird auch von einem großen Teil der Mitglieder nicht beachtet. Die Regelversicherung erhält jedes Mitglied mit dem Eintritt in die Kasse, gleichbedeutend mit der Aufnahme des Arbeitsverhältnisses. Der Eintritt der Regelversicherung ist bei den einzelnen Kassen verschiedenartig. Bei einigen Kassen nach 6 Wochen, 3 oder 6 Monaten. Derjenige aber, der nachweisen kann, daß er im letzten Jahre sechs Monate einer anderen Kasse angehört, hat sofort Anspruch auf Mehrleistung. Durch den häufigen Wechsel ist der Nachweis immer sehr schwierig. Es ist jedoch nicht schwer zu führen, wenn man die Entlassungsschein auf vermagt und dieselben bei Arbeitswechsel nicht dem Unternehmer aushändigt. Der Schein ist Eigentum und braucht nicht abgegeben zu werden. Früher mußte man neues Eintrittsgeld in die Kasse zahlen, wenn man die Bescheinigung der letzten Kasse nicht beibehielt. Diese Bescheinigung besteht nicht mehr.

Bei einem großen Teile der Krankenkassen sind die Leistungen bezüglich nach Kinderzahl gestaffelt. Es muss also der Nachweis über die Kinderzahl geführt werden. Jeder nicht arbeitsfähige Betriebskollege sollte daher eine amtielle Verherrigung über den Familienstand mit sich führen, die auf Grund der Angaben des Steuerbüros leicht zu erhalten ist. Bei Regelleistung werden nur 50 Prozent des Grundlohnes als Krankengeld gezahlt, wogegen die Mehrleistung bis zu 70 Prozent, je nach dem Familiestand berechtigt. Beispiel der Ortskasse Eisenach interessiert ein großer Unterschied. Die Staatskassen sind entsprechend an jedes Mitglied eine Verlängerung eines Statut auszukündigen. Die Leistungen sind bei den Kassen verschieden. Jeder sollte an Hand des Statutes prüfen, was er zu beanspruchen hat, um Zweckställle sollte man sich an den Sachverständigen Beratung holen. Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, daß jede Kasse gesetzlich verpflichtet ist, u. e. entgeltlich eine Beihilfeleistung vorzusehen und ist der Krankheit ausgestellt.

Joseph Diederich, Eisenach.

## Einst und Jetzt

*Technischer Bericht der und in diesem Zusammenhang mit dem Bericht der anderen Organisationen in Eisenach zusammengefaßte Versammlung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 22. Februar 1923.*

Tir Schriftleitung.

Um einen Einblick in die Verhältnisse eines Arbeiters zu erhalten, ist eine einfache Vergleichsrechnung der heutigen Preise zu den von 1914 sehr lehrreich. Den Preisen nach ist der Bedarf der Arbeiterschaft tatsächlich nicht zu beweisen, daß eine durchschnittliche Familie nur halbwegs davon leben könnte. Der jetzige Preisniveau berechnet so etwa das 15 bis 18 fache der Vorkriegszeit, aber die Preise der notwendigen Lebensbedürfnisse unterscheiden weit das 30 fache der von 1914. So daß irgendein Ausgleich gefunden werden muß, um die Ausgaben zu decken. Das kommt noch die vielen arbeitslosen Tage, die den Verlust des so sehr wichtigen Lohnes mit sich bringen, und in denen der Arbeiter nicht auf die Unterstützung des Verbandes angewiesen ist.

So reicht unser Lohn bei weitem nicht aus, um mit der Unterstützung einer einzigen Person zu halten. Eine Verstärkung der Arbeiterschaft in großer Zusammensetzung ist unumstößlich Folge dazu. Auch in den letzten Klagen über Lebensverhinderung erhoben worden. Die Schuld daran trägt der Staat, der dem Schieber- und Bucheramt nicht energisch genug gegenübertritt, das die Preise für Lebensmittel unmöglich verteuert. Tazu kommt noch die eisigen Verordnungen der Unternehmer; Einpendler von 12 bis 15 Prozent waren bis 1914 Zulassung, heute erreichen sie oftmals die aufschärfende

Höhe von 75 Prozent und mehr, und dabei wird noch über schlechten Geschäftszweig gekämpft.

Vielleicht könnte die Einführung einer neuen Wahlung helfen, denn dadurch ist es möglich, die gehemmten Bauarbeiter-Spartengemeinschaften aus Tagessicht zu bringen, die bis jetzt passiv in den Treffen der Industriellen, Händler und Bauten und in den Kommoden der Bauern festgehalten werden, um nach Möglichkeit der Verschwendung zu entgehen. Die Arbeitnehmer hätten dabei nichts zu verlieren, da wir nicht einzeln waren, sondern verbündete Verbündete zu machen. Es ist sogar festgestellt, daß in verschiedenen Arbeiterschaften trotzdem Werk ohne legale Ausstrahlung gezeiten wird, um sich vor Schuldenmachen zu bewahren. Was die Folge davon ist, kann sich jeder lebhaft denken. Dass diese Zustände oft zu Dienstleistungen veranlassen, ist doch klar, die bitterste Not treibt so manchen dazu.

Um eine kleine Übersicht der Preise von einst und jetzt zu geben, sei folgendes Beispiel angesetzt. Es sind Preise aus den Kreisen Kreuzburg und Röthenbach in Oberschlesien, also noch im besetztem Gebiet, vom Januar 1922.

Menge	Gegenstand	früher	jetzt	Menge	Gegenstand	früher	jetzt
		%	ℳ			%	ℳ
1 Pfd.	Eichenholz	- 10	4,50	1 Pfd.	Margarine	- 80	24
1 Pfd.	Zucker	- 10	7,00	1	Seife	- 10	16
1 Pfd.	Zucker	- 30	7,00	1	Butter	- 10	40
1 Std.	Ölhering	- 10	2,-	8 Kr.	Käseflocken	- 2	120
1 Pfd.	Brauner	- 10	4,-	1 Kr.	Reis	- 1	60
1 Pfd.	Wurst	- 10	3,-	1	Kohlen	- 80	38
1 Pfd.	Ölkartoffel	- 05	2,20	1	Stich	- 1,50	40
1 Pfd.	Dormentasse	- 4	8,-	1	Wollenes Hemd	- 3	100
1 Pfd.	Schweinef.	- 60	24,-	1	Unterkleid	- 2	70
1 Pfd.	Bratwurst	- 80	20,-	1	Stoffanzug	- 35	130
1 Pfd.	Bratwurst	- 25	9,-	1	Kopfbedeckung	- 1,50	100
1 Pfd.	Bratwurst	- 10	2,-	1 Paar	Strümpfe	- 10	300
1 Pfd.	Bratwurst	- 10	2,50	1	Arz.	- 1,20	60
1 Pfd.	Bratwurst	- 25	7,-	1	Stimmmeisen	- 1,60	18
1 Pfd.	Bratwurst	- 15	7,-	1	Hansjäge	- 1,20	32
1 Pfd.	Bratwurst	- 15	7,-	1	Gobel	- 2	60
1 Pfd.	Bratwurst	- 60	29,-	1	...	-	-

Joseph Stanossek, Notschanowitz (O.-S.).

## Allgemeines

**Streikwochen.** Hart am Rande des Abgrundes hat das deutsche Volk schon wieder einmal geschwiebt, diesmal infolge der Inflations- und Verfälschung seiner Währung. Die Eisenbahnerbeamten, insbesondere die Lokomotivfahrer, hatten innerhalb weniger Tage mit ihrem Streik fast den ganzen Verkehr im unbesetzten Deutschland lahmgelegt, und damit insbesondere für die großstädtische Bevölkerung die größten Gefahren herausgeworfen. Das Schlimmste wurde Gott sei Dank noch abgewendet, aber ein riesiger Schaden ist doch unsere ganze Föderation entstanden. Wir Deutschen, die wir uns nicht einen Augenblick stemmen können, wenn wir die drohende Gefahr der sozialistischen Zwangsverwaltung vermeiden wollen, wenn wir reinfalls außerlich als freies und selbständiges Volk weiter bestehen wollen, wie wurden durch diesen verbrecherischen Streikvorschlag von eigenen Volksgenossen in der Erfüllung der jetzt notwendigsten Pflicht etwas schwerste gebrochen. Sehrlich Gedanken über die Seite der Frage sieht man sich in den Kreislauf der Freiheit der Reichsgewerkschaft nicht im mindesten gemacht zu haben.

Erstler ist jedoch noch eine andere, nämlich die prinzipielle Frage, ob Beamte, d. h. Angestellte der Allgemeinheit, gegen die Allgemeinheit überhaupt ein Streikrecht besitzen, namentlich in derartigen Berufen, die für die Allgemeinheit von lebensnotwendiger Bedeutung sind, deren Interessenvertretung „Sprung an die Gurgel des Staates“ bedeutet. In letzterer Weise nimmt hierzu das „Zentralblatt der östl. Gewerkschaften“ in Nr. 4 mit folgenden Ausführungen Stellung:

Das Spiel mit dem Beamtenstreikrecht ist ein Spiel mit dem Neuer, das nicht nur das Herz des Volkes niederschlägt, sondern auch demjenigen, der mit ihm spielt. Derdeben bringt Beamtenkampf und Streikrecht sind zwei unvereinbare Begriffe. Der Beamter wird, auch in Kurs nehmen, daß er sich gewisser Rechte bedient, welche ihm allerdings andere Rechte eingeräumt werden. Für den Beamten kann es nichts anderes geben, als die Erfüllung des Antrages desjenigen, dem er den Dienst leistete. Eine Grenze kann nur das Bewußten ziehen. Wer mehr Freiheiten beansprucht, soll kein Beamter werden. Und ist bei all dem Begehr das annehmend bestreite Los des Beamten zu fragen, den vielen Bürgern zu weitgehend entsprechen worden, kann der Staat sich der nach größeren Freiheiten begehrenden Beamtergruppen nicht mehr entziehen, dann gut — dann muss ein neues Recht geschaffen werden für alle diejenigen, die mit ihrem Los nicht zufrieden. Aber darüber darf dann kein Zweifel herrschen: Beamte im heutigen Staat werden jene nicht mehr geben! Und weiter dürfen sie nicht etwa erhoffen, daß ihnen das Streikrecht praktisch auch nur das geringste nutzt. Ob es Beamte, Angestellte oder Arbeitet sind, die im Dienste des Volkes in gemeinsamen Betrieben stehen — der Lebenswill des Volkes wird — in Zukunft noch härter als beim letzten Streik — sich gelöst machen und gegen den das Leben des Volkes bedrohenden Streikwaffen ankommen!

**Berlebundische Kampfweise.** In ihrem Haß gegen die Bauproduktionsgenossenschaften und die sozialen Bauarbeiter schreien die Unternehmer vor den gewagten Künsten und — den größten Geldansprüchen nicht zurück. So hat der Berlebundische Baugewerbe-Verband e. V. in Eisenach eine große Blätter "Deutschland über die sozialisierten Bauarbeiter" herausgegeben, mit deren Scheißwörtern Unruhe in erster Linie unter gewerkschaftlichen Betrieben selbst, vor allem auch die "gewerkschaftliche Baupolitik" noch auseinandersehen werden. Wir möchten hier nur eine der darin aufgestellten Behauptungen aus Länge ziehen und etwas gerade auf die Reihe stellen: Auf S. 20 heißt es:

„Die Gewerkschaften, welche die Hauptgesellschaften der sozialisierten Bauarbeiter sind, haben ihren Mitgliedern empfohlen, die Arbeitsleistung in den Privatbetrieben zu vermindern und in den sozialisierten Bauarbeiter zu erhöhen.“

Diese Behauptung wird ohne den Schatten eines Zweifels aufgestellt! Wir fordern deshalb den Westdeutschen Baugewerbe-Verband ernsthaft auf, den Gewerkschaften diese schwerwiegende Behauptung zu erbringen. Tut er das nicht, so erklären wir diese Behauptung für eine ganz gemeine und unverantwortliche Ausbildung, die das ganze Machwerk gegen die sozialisierten Bauarbeiter bereits zur Genüge kennzeichnet.

Über die Schwere des Vorwurfs, der da gegen die Gewerkschaften erhoben wird, ist sich der Verfasser dieses saftigen Elaborates sehr wohl im Klaren gewesen, denn er führt nach den schweren Verdächtigungen fort: „Zweifellos jedoch angesichts der drückenden Wohnungsnot, zu deren Linderung alle Kräfte, die guten Willens sind, in gemeinsamer Arbeit sich die Hand reichen sollen, nicht sozial, sondern unverantwortlich.“ Auch wir unterstreichen diesen Satz, und gerade deshalb verlegt uns der Vorwurf der Sabotage so schwer. Alle, die guten Willens sind, mögen mitarbeiten! Der gute Wille der privaten Unternehmer, die gegen unsere anerkannt gemeinnützig wirkenden Unternehmungen mit solchen Mitteln Sturm zu laufen belieben, scheint uns doch etwas zweifelhaft zu sein. — Westdeutscher Baugewerbe-Verband! Wir warten auf Antwort!

**Ein Sozialist zum Achtundertstag.** Julius Kalliski, der bekannte mehrheitssozialdemokratische Volkswirtschaftsleiter, schreibt in den „Sozialistischen Monatsheften“:

„Man spricht viel von den Opfern für den Wiederaufbau Deutschlands, aber werden sie denn wirklich gebracht? In Wahrheit steht es so, daß ein jeder nimmt und er rosst, was er zusammenbringen kann, und das gilt für jede Klasse. Opfer sind Leistungen, die bewußt gebracht werden. Wo sind Unternehmer oder Arbeiter, die in diesem Sinne der Nation Opfer bringen? Eines ist gewiß: Die Partei, die von den von ihr vertretenen Gruppen solche wirklichen Opfer offen und tüchtiglos als Dienst am Volke verlangt, würde vermutlich zunächst ungeheuer unpopulär werden, und doch würde sie die Herrschaft im Reiche gewinnen und auf die Dauer unangewünscht behalten: weil sie die einzige wäre, die wirklich Sachwerte schürt. Für die Arbeiterklasse ergibt sich daraus die unabsehbare Forderung: ihere Leistungen zu steigern. Man darf nicht einwenden, daß eine Schichtverlängerung im Hinblick auf die ungünstigen Lebensbedingungen der Gegenwart abgelehnt werden müsse, weil sich sonst drohend die Gefahr einer Verkürzung der durchschnittlichen Lebenszeit erhebe. Die Arbeiterklasse muß sich zu einer Steigerung der Leistungen entschließen, weil sonst die durchschnittliche Lebensdauer der kommenden Generation um ein Mehrfaches verkürzt würde. Ein Verzicht auf die Arbeitssteigerung bedeutet den Verfall des ganzen Volkes, namentlich des Nachwuchses des Proletariats. Sie muß also unter allen Umständen bewirkt werden: auch unter Zurückstellung sozialistischer Errungenschaften, namentlich des allzu schematisch aufgefaßten Achtundertstages, einer Errichtung, die als ziellosestes und schamloses einer Einrichtung, ihre große historische Bedeutung im Klassenkampf der Arbeiter hatte, die aber bei ihrer Durchführung größter Differenzierung der Arbeitarten, was Intensität, Kontinuität und fiktiven Kräfteverbrauch anlangt, strengster Scheidung von wirtschaftlicher Arbeit und bloßer Arbeitsbereitschaft ist bedarf, wenn sie nicht schon in guten Zeiten zu schlimmer Ungerechtigkeit und Ungleichheit zwischen den einzelnen Arbeiterkategorien, in Zeiten wie der jetzigen, zu einer schweren Schädigung der Wirtschaft selbst werden soll.“

Das sind Neuersungen, wie man sie von sozialistischer Seite nur sehr selten in dieser Tälichkeit zu hören bekommt. In doch der schematische Achtundertstag wirklich keine Errungenschaft, auf die die Revolution stolz sein kann. Denn es ist doch klar, daß die achtundertige Arbeitsleistung eines Bauarbeiter in Wind und Wetter oder eines Bergmannes unter Tage in ganz anderem Umfang die Kraft und Gesundheit des Menschen in Anspruch nimmt, als vielleicht die achtundertige Arbeitsleistung eines städtischen Parkwächters. Grade im Interesse der schwierig arbeitenden Bevölkerungsgruppen müssen wir auf eine Unterstützung von wirtschaftlicher Arbeit und bloßer Arbeitsbereitschaft mit allem Nachdruck hindeutigen.

**Spore in der Zeit, so hast du ta der Rot!** Immer noch gibt es Leute, die ihre Spargroschen in Versieben aufbewahren. Sie glaubenslug zu handeln und tun das Gegenteil.

Die täglichen Berichte, daß nur zu oft den Viehern und Einbrechern die mühsam ersparten Spargroschen in die Hände geslassen sind, seien sie anscheinend nicht, auch nicht, wie häufig erspartes Geld durch Schadensteuer vernichtet wird.

Und weiter! Das Geld im Strumpf oder Kasten liegt zinslos da! Das bedeutet viel; bringen doch 50 ℳ, die regelmäßig monatlich gespart und zu 4 Prozent Zinsen angelegt werden, in fünf Jahren einen Zinszuwachs von 320,21 ℳ und in zehn Jahren von 1259,74 ℳ. Das sind doch Beträge, die selbst heute noch ins Gewicht fallen.

Schließlich ist es eine Pflicht gegen die Allgemeinheit und damit wieder gegen sich selbst, Zahlungsmittel nicht aus dem Verkehr zu ziehen. Je mehr Papiergebund ausgenutzt dem Verkehr entzogen wird, desto mehr muß neues gesertigt werden, und jede Vermehrung bedeutet

eine weitere Entwicklung unserer Mark und somit eine Verkürzung und Verschlechterung unserer Lebenshaltung.

Also heraus mit den Spargelbären aus dem Kasten und dem Strumpf! liebermeid sie der Deutsche Volkspark, die die Sparkasse und Bank der christlichen Gewerkschaftler ist. Sie nimmt Euer Geld in sich auf, verzinst es mit 4 Prozent und verwendet die sich aus dem Sparverkehr ergebenden Lebenschlüsse lediglich im Interesse der Später und der ihnen nahestehenden Kreise. Sparinlagen können bei jedem Postamt auf Rechnung an die Bank — Hauptgeschäftsstelle für Rheinland und Westfalen, Essen-Kuhr, Schlesischen Bahn — abgesandt werden.

Sachkarten erhalten unsere Leser bei den Vertraulensleuten oder bei der genannten Hauptgeschäftsstelle.

## Wirtschaftliche Bewegung

### Begirk Bochum

Industriegebiet. (Schiedsspruch vom 9. Februar 1922)

1. Für sämtliche in den Tarifverträgen für das Hoch-, Beton- und Eisenbaugewerbe aufgeführten Arbeitergruppen tritt mit Wirkung vom 1. Februar 1922 eine Lohnhöhung von 2,80 M ein.

2. Diese Lohnhöhung soll Geltung haben bis zum 4. März 1922.

3. Anspruch auf die Lohnzahlung ab 1. Februar haben diejenigen Arbeiter, die sich heute im Dienste ihres Arbeitgebers befinden.

4. Durch die Lohnhöhung ist die bis zum 1. Februar eingetretene Teuerung ausgeglichen.

Danach steht der Stundenlohn:

Maurer, Zimmerer, Zementarbeiter	13.—	M	auf 15,80 M
Arbeiter	12,40	M	15,20
Dachdecker	13,20	M	16,—
Mörtler	13,0	M	15,90
Helfer	12,90	M	15,70
Stukkateure	13,65	M	16,45
Küster	13,35	M	16,05

Vorgenannter Schiedsspruch hat Geltung bis zum 4. März 1922.

### Begirk Karlsruhe

Gaargebiet (verhandelt am 31. Januar 1922)

Maurer, Zimmerer, Dachdecker, Zementfacharbeiter, Holzarbeiter und Maler 19,70 M, Steinmaler 20,35 M, Gipser 20,— M, Pflasterer 20,55 M, Rauter 19,30 M, Hilfsarbeiter 18,15 M.

### Begirk München

#### Tiefbau

Für die Arbeiter am Stadtbau in Oberbayern (Notstandsarbeit) wurde durch Verhandlung am 8. Februar 1922 nachfolgendes Resultat erzielt.

Der Lohn beträgt ab 1. Lohnwoche im Februar

	in Duisklasse 1 8,85 M mehr 1,90 M	
für verheiratete Arbeiter	2 8,35	1,70
	3 7,80	1,50
für ledige Arbeiter über 21 Jahre	1 8,05	1,70
	2 7,55	1,50
für ledige Arbeiter unter 21 Jahre	3 7,05	1,30
	1 7,45	1,50
	2 6,95	1,30
	3 6,45	1,10

### Begirk Düsseldorf

Cordbach. (Verhandelt am 13. Januar 1922)

Lohngeb. 1 Lohngeb. 2 Lohngeb. 5

Maurer	11.—	M	10,70 M	10,30 M
Bauhilfsarbeiter	10,20	M	9,90	9,50
Junggesell. im 1. Jahr	8,60	M	7,90	7,60
Junggesell. im 2. Jahr	9,60	M	8,80	8,20
Verb. Steinbrucharb.	10,10	M	9,80	9,40
Unverheiratete	9,90	M	9,60	9,20

## Verbandsnachrichten

Münster i. W. Am Sonntag, den 8. Januar 1922 hielten wir im Lokal Budgerushospiz unsere diesjährige Generalversammlung ab. Dieselbe war sehr gut besucht. Unter Vorsitzender Kollege Langenhanrich eröffnete die Versammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Vorstandswahl, 2. Jahres- und Quartalsbericht, 3. Stand der Lohnbewegung, 4. Verschiedenes. Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Andreas Langenhanrich, 2. Vorsitzender Hubert Schubertshausen, 1. Kassierer Albert Schulmann, 2. Kassierer Karl Behrend, 1. Schriftführer Wilh. Dreherius, 2. Schriftführer Heinr. Kappel. Als Redaktoren wurden gewählt H. Lohmann, Th. Riggemeyer und Christ. Held, als Beisitzer Kappel, Marmorpfeifer, und Knüppen, Steinmeier. Der Vorsitzende ermahnte alle anwesende Kollegen, auch im neuen Jahre rechtzeitig an unsere Bewegung mitzuverarbeiten, damit unsere Verwaltungsmacht und zedecke wie im vergangenen Jahre. Den Jahresbericht gab Kollege Duvenig. Aus demselben ist folgendes zu entnehmen: Die gesamte Einnahme betrug für die Hauptkasse 137 980,15 M, die Gesamteinnahme für die Lokalkasse 41 384,44 M, die Gesamtausgabe für die Hauptkasse betrug 46 725,15 M, für die Lokalkasse 32 915,73 M. Der Mitgliederbestand betrug am Ende des 4. Quartals 845; an Neuaufnahmen woten zu verzeichnen 495, am Nebentritten 172. Versammlungen wurden abgehalten in den einzelnen Ortsgruppen insgesamt 101, Vorstandssitzungen 15, Vertrauensmänner-Sitzungen 9, Schlichtungskontrollsitzungen 6, Lohnberatungen für Hoch- und Eisenbaugewerbe 8. Der Stundenlohn betrug am 1. Januar 1921 6,35 M, am 1. Januar für Stukkateure 13,65 M, Pfleger 13,50 M, Zimmerer 13,20 M, Maurer 13 M, Steinmeier 13,50 M, Zementarbeiter 12,70 M, Bauhilfsarbeiter 12,40 M. Mit

Am 25. Februar 1922 ist der neunte Wochenbeitrag für das Jahr 1922 fällig.

hin eine Lohnsteigerung von 100 Prozent dem Vorjahr gegenüber. Die Jugendabteilung hat einen Bestand von 36 Kollegen. Die Entlohnung derselben beträgt im 1. Lehrjahr 1/4, im 2. Jahre 3/8, im 3. Jahre 50 Prozent des

### Streikunterstützung.

Unsere Satzung § 28 Abs. 3 sieht die Höhe der Unterstützung nach dem für die Hauptkasse geleisteten Wochenbeitrag fest. Als die Generalversammlung in Fulda diese Bestimmung traf, konnte niemand voraussehen, daß eine Marktentwertung in soinem Umfang eintreten würde. Diese hatte naturgemäß eine Erhöhung der Stundenlöhne zur Folge. Man glaubte, daß man mit der Festsetzung der Beiträge und Unterstützungsätze bis zu einem Stundenlohn von 6,50 bis 7,— Mark bis zur nächsten Generalversammlung auskommen würde. Die Verhältnisse haben sich jedoch total verschoben. Stundenlöhne von 7,— Mark sind nur noch sehr wenig vorhanden und an ihre Stelle mussten solche von 13,50 Mark und höher treten. Die Weiterentwicklung unserer Verhältnisse kann auch heute noch niemand um vier Wochen im voraus beurteilen. Unsere nächste Generalversammlung muß diesen Umständen bei Aenderung unserer Sitzungen Rechnung tragen.

Bei der Messung der Beiträge ist das Moment der Entwicklung berücksichtigt, indem im § 21 Abs. 1 gesagt wurde, daß der Wochenbeitrag mindestens sieben Zehntel eines Stundenlohnes betragen müsse. Bei den Unterstützungen müßte eine ähnliche Bestimmung geschaffen werden. Der Hauptvorstand gedenkt auch dahingehende Vorschläge der nächsten Generalversammlung zu machen. Bis dahin ist es jedoch unmöglich, mit den lehrgängigen Bestimmungen auszukommen. Es bleibt nun nichts weiter übrig, als eine Fortsetzung der Unterstützungsätze nach den bisherigen Grundsätzen vorzunehmen, obwohl gesagt werden muß, daß diese Sätze gegenüber den Beiträgen vollständig unhalbar sind. Die Sätze gestalten sich demnach wie folgt:

Bei einem für die Hauptkasse geleisteten Wochenbeitrag, ausreichend des Sonderbeitrages, zum	Unterstützung pro Tag					
	M	M				
		1. Z. abgelaufen	2. Z. abgelaufen	3. Z. abgelaufen	4. Z. abgelaufen	5. Z. abgelaufen
1.—	3.—	4.—	5.—	6.—	7.—	
1,25	3,75	5,—	6,25	7,50	8,75	
1,50	4,50	6,—	7,50	9,—	10,50	
1,75	5,25	7,—	8,75	10,50	12,25	
2.—	6,—	8,—	10,—	12,—	14,—	
2,25	6,75	9,—	11,25	13,50	15,75	
2,50	7,50	10,—	12,50	15,—	17,50	
2,75	8,25	11,—	13,75	16,50	19,25	
3.—	9,—	12,—	15,—	18,—	21,—	
3,25	9,75	13,—	16,25	19,50	22,75	
3,50	10,50	14,—	17,50	21,—	24,50	
3,75	11,25	15,—	18,75	22,50	26,25	
4.—	12,—	16,—	20,—	24,—	26,—	
4,35	12,75	17,—	21,25	25,50	29,75	
4,50	13,50	18,—	22,50	27,—	31,50	
4,75	14,25	19,—	23,75	28,50	33,25	
5.—	15,—	20,—	25,—	30,—	35,—	
5,25	15,75	21,—	26,25	31,50	36,75	
5,50	16,50	22,—	27,50	33,—	38,50	
5,75	17,25	23,—	28,75	34,50	40,25	
6.—	18,—	24,—	30,—	36,—	42,—	
6,25	18,75	25,—	31,25	37,50	43,75	
6,50	19,50	26,—	32,50	39,—	45,50	
6,75	20,25	27,—	33,75	40,50	47,25	
7.—	21,—	28,—	35,—	42,—	49,—	
7,25	21,75	29,—	36,25	43,50	50,75	
7,50	22,50	30,—	37,50	45,—	52,50	
7,75	23,25	31,—	38,75	46,50	54,25	
8.—	24,—	32,—	40,—	48,—	56,—	

### Der Hauptvorstand.

jeweiligen Stundenlohnes der Gefallen. Als Delegierter zum diesjährigen Verbandstag wurde der Kollege Langenhanrich ausgewählt, als Geschäftsmänner die Kollegen Schüttmann, Zimmerer, Münster, und Franz Rodenkirchen, Maurer, Achberg. Des weiteren wurde der Beschluss gefasst, die Begeisterung zu bewecken, an den hiesigen Magistrat eine Anfrage zu richten, daß den Gewerberichterbezirken der Lohnausfall voll erstatte wird, um so mehr, da festgestellt wurde, daß einige Kollegen einen Lohnausfall von 200 M in diesem Jahre schon zu verzeichnen hatten. Über den Stand der Lohnberatungen berichtete unser Begeisterer, Kollege Müller, worauf dann der einstimmige Besluß gefasst wurde, infolge der immer mehr enthaltenden Steuerung kein Mittel unversucht zu lassen, um die Kollegen bald

möglichst in den Genuss einer neuen Lohnzusage zu führen, um die Notlagen vor mündlichen Verhandlungen zu schützen, welche festgestellt, daß die Gewerberichterberichterstattung am Freitag und Samstag, abends von 11—12 Uhr zu erfolgen. Darauf rief Kollege Langenhanrich die anregend verlaufene Versammlung.

Witten a. d. Ruhr. Am 14. Januar stand unsres diesjährigen Generalsversammlung statt, zu der sich Kollege Meiss aus Bochum erschien war. Der Vorsitzende, Kollege Werner, eröffnete die Generalsversammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Quartalsbericht, 2. Jahresbericht, 3. Geschäftsbilanzbericht, 4. Vorstandswahl, 5. Verschiedenes. Nach Verlesung des Protokolls wurde in die Tagesordnung eingetreten. Zum 1. und 2. Punkt berichtete der Kassierer, Kollege Donderstki. Nach Entgegennahme der Quartalsabschreitung wurde auf Antrag der Beisitzer dem Kassierer Entlastung erteilt. Aus dem Jahresbericht ist anzusehen, daß die Jahreserlöse unserer Ortsgruppe 28 227,20 M beträgt. Den Geschäftsbericht gab Kollege Werner. Aus demselben war zu entnehmen, daß im Berichtsjahr abgeholten wurden 16 Mitgliederversammlungen und zwei gemeinschaftliche mit dem Deutschen Bauarbeiterverband. Am Kartellwesen nahm unsere Ortsgruppe regen Anteil durch starke Teilnahme an den Sitzungen und an den daraus folgenden wichtigen Beschlüssen. Lohnbewegungen müssen im Ber

zum Aussehen zu verstellen. Die trefflichen Ausführungen, die in einem reizigen Belehrungs- und christlich-nationalen Arbeitsergebnis ausstehen, erzielten riesigen Beifall. In der Diskussion sprachen verschiedene Kollegen aus ihren Erfahrungen über die Aufnahme der christlichen Gewerkschaftsbewegung in der Deutschen Reichsversammlung.

Punkt 3 der Tagessitzung: "Beitragsfrage", gestellte sich nach den verschiedenen Ausführungen einiger Kollegen zu einem einmütigen, wirklich eindeutigen Beschluss von der Notwendigkeit einer Beitragsabfassung und der Mitgliedsbeitragsabfassung. Es zeigte die ganze Debatte, dass auch eine noch junge und kleine Bewegung wirkliche Existenz und unverzöglichbare Lebenskraft in sich tragen kann. Eine Kommission wurde gewählt, die für die einzelnen Gruppen die Beiträge für Central-, Bezirks- und Lokalkasse festlegen soll. Unter Punkt "Beschließendes" teilten die Kollegen noch ihre Wünsche bez. des Neuausschlusses des Taxis, Debattefrage usw. mit. Beschlusslos wurde, vor Abschluss der neuen Taxe eine Konferenz in Stuttgart abzuhalten, die sich mit diesen Fragen beschäftigen soll. Um 5 Uhr konnte die einmütige und von ersten Wollen getragene Konferenz mit Worten des Dankes und mit dem Appell, alles für unsere Bewegung voranzutreiben, von Kollegen vom geschlossen werden. Die Durchführung der gefassten Beschlüsse und der Anträge ist nun Ehren- und Herzengang jedes einzelnen Kollegen. Drum: freu' voran an die Arbeit!

**Landenberg** (Ostpr.). Am Mittwoch, den 25. Januar, fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Die Kollegen waren zahlreich erschienen. Voll. Reddig eröffnete die Versammlung und erklärte Voll. Werner das Wort zur Verlesung des Protokolls. Nach der Erstattung des Jahresberichtes durch den Vorsitzenden V. Tollsdorff erfolgten die Neuwahlen. Gestellt wurden: Zum 1. Vorsitzenden V. Reddig und zum 2. Vorsitzenden V. Stempfert; als Hauptkassierer V. Tollsdorff und als Haushalter V. Gerloch; als 1. Schriftführer V. Klein und als 2. Schrift. V. Böhme; als Revisoren die V. Klein und V. Böhme; zu Beisitzern die V. Klein und V. Schiefele. — Sodann hielt der Beisitzer V. Klein einen Vortrag über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gegenwart und die Aufgaben des Verbandes, ein Thema, das die Kollegen außerordentlich verfolgten. Kollege Reddig dankte dem Beisitzer für seinen lehrreichen Vortrag. — Zum Verbandsstagsdelegierten wurde der V. Pape mit 34 Stimmen, als Kassierer V. Reddig mit 29 Stimmen gewählt. Mit der Aufforderung zu tatkräftiger Mitarbeit im neuen Jahre wurde vom Vorsitzenden die schöne Versammlung geschlossen.

## Aus dem Baugewerbe

**Zur Durchführung der Bauarbeiten in den Wintermonaten.** Wir berichten kurzlich über die grundähnliche Begründung des Reichsministeriums für Arbeitsermittlungen sowie des Reichsarbeitsministeriums, welche der produktiven Gewerkschaftsleitung zur Durchführung der Bauarbeiten in den Wintermonaten zur Verfügung zu stellen. Der Beauftragung folgt unseres Schreibers gings nunmehr auf ihrem Antrag nachgehender Erlass des Ministers für Volkswirtschaft zu:

Günther für Volkswirtschaft.

III. R. I. Nr. 182/22.

### Erläut.

Wie die Durchführung von Bauarbeiten in den Wintermonaten in weitgehendem Maße zu unterdrücken, ist im Einvernehmen mit dem Reichsamt für Arbeitsvermittlung trotz meander Streiken bereit, für die Arbeit, die durch Beobachter der Justiz, Polizei und Sicherheitspolizei nicht während der eigentlichen Feiertage erledigt werden darf, zunächst einmal Verhandlungen zu der Abschaltung, unter folgenden Bedingungen eine Verhinderung zu lassen.

1. Für jährliche Gewerken, die am 1. Januar eine Förderung des Mindestes der produktiven Gewerkschaftsleistung nicht erhalten, können Zuläufe gewährt werden, wenn die Arbeiten bei den längst verlorenen Zeitsperioden vollendet werden müssen und der Bauherren sich verpflichtet, die Arbeiten bei Sicherheitsstreiken von jetzt trocken gelegter Einzelbauwerke sowie deren Befestigungen weiterzuführen und dafür entsprechende Sachbearbeiter von zeitlichen Arbeitseinschränkungen ausgenommen. Dieser Zulauf, der lediglich als eine Sonderbehilfe für die Gewerkschaften und die besuchten Magistraturen zur Durchführung der Arbeiten bei Frost zu gelten hat, erfasst sich, wie bei allen übrigen Maßnahmen der produktiven Gewerkschaftsleistung, nach der erforderlichen Feiertagsabschaltung. Es ist somit der Berechnung des Bruttowerts die Zahl der während der Feiertagszeit mit Gewerkschaften geleisteten Arbeitstage sowie der in großer Ausmauerung der Feiertagszeit der erforderlichen Gewerkschaftsleistung äquivalent bis zur Höhe des 14. letzten Feiertags zugestellt zu legen. Die Bestimmungen der Feiertagsabschaltung des Reichsministers, die mit einem Runderlass vom 27. Juli 1921 — III. R. 11159/21 — erlassen worden sind, sind auf die Abwehr der Auswirkungen insbesondere durch den Bauherrn, der auf der Arbeitung eines Arbeiters entfällt, die Hälfte des Bruttowerts von dem Beträchtungswert des Unternehmers, der auf der Arbeitung eines Arbeiters entfällt, nicht überzuschreiten.

2. Bei Maßnahmen, die eine Förderung aus Mitteln der produktiven Gewerkschaftsleistung erzielen können und ihnen entsprechen kann, kann diese Sonderbehilfe in der Form gewährt werden, dass zu dem bisher befallenen oder in Aussicht kommenden Zeitraum ein Zuschlag trifft, jedoch mit der Voraussetzung, dass nachtragend ebenfalls eine Förderungsfeststellung in Höhe des 14. letzten der erforderlichen Feiertagsabschaltung er-

geben darf. Die Gesamtförderung darf jedoch nicht 50 Prozent der Gesamtkosten überschreiten.

Mit Rücksicht auf die erforderliche Beschleunigung der Behandlung solcher Sonderfälle steile ich anchein, die Umsetzung dieser Maßnahmen, soweit es sich um die Sonderbehilfe handelt, und dadurch die dortige am meinem Runderlass vom 27. Juli 1921 — III. R. Nr. 11159/21 — angegebene Zuständigkeit nicht überschritten wird, dort vorzunehmen. Soweit die Anwendung der Maßnahmen selbst mir oder dem Reichsamt vorbehalten ist, sind entsprechende Anträge mir zur Entscheidung vorzulegen. Die Anträge ersuche ich als besonders dringlich zu bezeichnen, damit eine grundsätzliche Entscheidung möglichst schnell, gegebenenfalls telegraphisch getroffen werden kann.

Im Auftrage:  
gez. Bracht.

**Eine Ausstellung über das Siedlungswesen.** Der Bund deutscher Architekten, Landesgruppe Sachsen, veranstaltet in Verbindung mit der Landes-Siedlungsgesellschaft und den Bezirks-Siedlungsgesellschaften Anfang Februar 1922 in den Städtischen Ausstellungshallen zu Leipzig in der Petersstraße eine Ausstellung über das sächsische Siedlungswesen. Eine wissenschaftliche Abteilung wird die Entwicklung des Baumeisters in den letzten Jahren sowie das Ergebnis der Bautätigkeit unter Buhnenahme der öffentlichen Bauaufsichtsjuräße erläutern lassen. Im übrigen wird an der Hand von Planungen über ausgeführte oder in Ausführung begriffene Siedlungsbauwerke gezeigt werden, was unter heutigen Verhältnissen geleistet werden kann und was bereits geleistet worden ist. Die Heranziehung der Bauindustrie, soweit sie für die gegenwärtige Entwicklung von besonderer Wichtigkeit ist, durfte das Interesse an der Ausstellung wesentlich beleben.

## Mitteilungen

### Berwaltungsstelle Oberhausen.

Alle nach dem heutigen Gebiet zurückkehrenden Kollegen melden sich an folgenden Stellen an:

In Oberhausen: Auf dem Verbandsbüro Düppelstraße 49, Telefon 1106, täglich ab 8 Uhr vormittags 8 1/2 bis 12 1/2 und nachmittags von 3 bis 7 Uhr. Sprechstunden des Beauftragten Krueger und Freitagnachmittags von 5 bis 7 Uhr. Versammlungsort: Ang. Ekel, Martinistraße.

In Mülheim-Kärlich: Bei Hermannus Kettler, Löhstraße 15. Versammlungsort: Lüttel, Hindenburgstraße.

In Herford: Wilhelm Eckermeier, Königstr. 29. Versammlungsort: Reimer, Peterstraße.

In Hamm-Marienloh: Gustav Schumann, Grillostraße 16. Versammlungsort: Bimbihaus, Wolfstraße.

In Hamm-Kremsch: Josef Jödel, Jakobstraße 19a. Versammlungsort: Franz Glöckel, Schatzstraße.

In Sterkrade: Josef Utterhövel, Befestigungsstraße 92. Versammlungsort: Küpper, Grinde Befestigungsstraße.

In Osterfeld: Frieder Cornelissen, Hochstraße 2. Versammlungsort: Glöckel, Martinistraße.

In Dinslaken: Jacob Vorhöns, Gartenstraße 12. Versammlungsort: Niels, Bahnstraße.

In Haltern: Christian Sintler, Kummerstraße 10.

### Der Vorstand.

### Oberpfälzer, Achtung!

Den Kollegen der nördlichen Oberpfalz diene zur Kenntnis, dass es 6. Februar in Weiden ein Sekretariat eröffnet wurde. Von jetzt ab sind alle Schreiben und Anfragen in Weiden an die Adresse zu richten:

Josef Sollner,

Weiden (Oberpfalz), Adlerstraße 87 1/2.

### Lokalbeamter gesucht

Die Berwaltungsstelle Südniedersachsen sucht zur sofortigen Anstellung eines neuen Lokalbeamten Kollegen, die glauben, diese Stelle verloren zu können, wollen bis zum 1. März ein Bewerbungsschreiben an Wilh. Euckeroth, Köln, Senckenbergwall 9, einenden.

Auf dem Briefumschlag ist das Wort "Bewerbungsschreiben" zu vermerken. Dem Bewerbungsschreiben ist unter dem Lebenslauf ein Aufsatz über die Aufgaben eines Lokalbeamten beizufügen.

Das Gehalt richtet sich nach den Beschlüssen der Berwaltungsstelleamtszeit.

Der Vorstand der Berwaltungsstelle Südniedersachsen.

Peter Bieda.

### Bekanntmachung.

Der Zentralvorstand hat einen größeren Posten einer Mittelpfandschulze aus gutem Unter- und Oberleiter gekauft. Die Schulze sind jedoch nur in den Mittelpfandschulen von Nr. 30, 31, 32 und 33 vorhanden. Die Schulze ist seitwärts. Der größte Teil derselben ist benötigt, es befinden sich jedoch auch unbemerkte darunter. Der Preis beträgt für 1 Paar 100,— M. Post und Verpackung muss extra berechnet werden und beträgt bis zu einem 10 Pfund-Paket 15,— M., über 10- bis 20-Pfund-Paket 30,— M. Der Verstand soll im allgemeinen nur per Nachnahme erfolgen. Nur in besonderen Fällen, wo die gesuchte Berwaltungsstelle beginnt, der Ortsgruppenvorstand die Gewebe dafür bietet, kann der Verstand auch auf Rechnung

vorgenommen werden. Zahlung muss dann sofort nach dem Verkauf erfolgen.

Ein Posten von etwa 20 Paar Mittelpfandschulzen (in der Größe 27) zum Preise von 200,— M. pro Paar ist vorsichtig.

Weiter ist noch ein kleiner Posten Lederpantoffeln, Größe 37—42, zum Preise von 54,— M., sowie ein kleiner Posten Frauenhausschuhe, Größe 37—42, zum Preise von 53,— M. am Lager. Die Hausschuhe haben eine gute Ledersohle, der obere Teil besteht aus dunklem Stoff mit warmem Futter. Auch baumwollene graue Herrensocken zum Preise von 6,50 M. das Paar, sowie ein geringer Teil Kinderstrümpfe, Größe 3, 4, 5 und 6, zum Preise von 10,— bis 13,— M. das Paar, je nach Größe, sind noch am Lager.

Weitere Schuh- und sonstige Waren sind nicht vorhanden. Bestellungen, die trotzdem erfolgen, können des teuren Porto wegen höchstens nicht beantwortet werden. Diese Mitteilung gilt auch für diejenigen Kollegen, die in letzter Zeit Bestellungen auf die verschiedensten Sorten von Schuhwaren gemacht haben und nicht mehr beliefert werden können.

### Der Hauptvorstand.

### Sterbetafel.

Am 19. Januar 1922 verunglückte unser langjähriges und treues Mitglied, der Maurer Joseph Röhn auf dem Eisen u. Stahlwerk Höch in Folge Gasvergiftung. Wir verlieren in ihm eines unserer treuesten Mitglieder.

Bahnhofstele der Maurer, Dortmund.

Am 19. Januar starb unser lieber Kollege Karl Brüllbach infolge Lungenentzündung. Er war ein langjähriges Mitglied und hat treu zu unserer Bewegung gestanden.

Berwaltungsstelle Peine.

Am 27. Januar starb nach langem schmerzlichen Leiden unser langjähriges Mitglied Michael Weidinger im Alter von 52 Jahren an Magentrebs.

Berwaltungsstelle München.

Am 28. Januar starb unser lieber Kollege Johannes Ott im Alter von 59 Jahren.

Ortsgruppe Essen.

Am 29. Januar starb plötzlich durch einen Unfall unser lieber Kollege und Vertrauensmann der Zahlstelle Oelthausen Peter Holzberg im Alter von 30 Jahren.

Die Berwaltungsstelle Düsseldorf.

Am 31. Januar starb unser langjähriges Mitglied, unser lieber Kollege Wilhelm Schwarz, im Alter von 73 Jahren, an Magentrebs.

Ortsgruppe M. Gladbach.

Am 31. Januar 1922 starb infolge Grippeinfektion unser lieber Kollege, der Bauhelfsarbeiter Wilhelm See.

Bahnhofstele Kirchlinde.

Am 2. Februar starb unser lieber Kollege Philipp Reich, im Alter von 36 Jahren, an Pneumonie.

Berwaltungsstelle Dingelstädt.

Am 5. Februar starb unser treues Mitglied Kollege Joseph Wien L. im Alter von 58 Jahren, an Lungenleiden.

Ortsgruppe Koblenz (Ost).

Am 6. Februar d. J. starb unser lieber Kollege und langjähriges Mitglied unserer Ortsgruppe, der Maurer Joseph Lamotth aus Niedereise, Vater dreier Kinder, an den Folgen eines Herzfehlers, den er sich im Kriege zugezogen hatte, im blühendem Alter von 86 Jahren.

Ortsgruppe Hillesheim (Eifel).

Ehre ihrem Andenken!

### Bauproduktivgenossenschaft Gleiwitz.

Am 8. März d. J. findet im Katholischen Vereinshaus Gleiwitz, Ostroppolastraße 4, die ordentliche Generalversammlung der Gemeinnützigen Bauproduktivgenossenschaft D. G. "Baugewerkschaft e. G. m. b. H." nachmittags 5 Uhr statt.

#### Tagessordnung.

1. Bericht des Vorstandes.
2. Bericht des Aufsichtsrats.
3. Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes.
4. Geschäftliches.

Die Bilanz liegt im Verw. Büro Gleiwitz, Ostroppolastraße 4, zur Einsicht aus.

#### Mit kollegalem Gruss

### Gemeinnützige Bauproduktivgenossenschaft Oberschlesien

#### "Baugewerkschaft" e. G. m. b. H.

#### Wojciech